

27.

Wanderweg: Lässt sich ein Wanderweg mit vertretbarem Aufwand unterhalten und bietet sich kein gleichwertiger Ersatz an, ist auf eine Teerung zu verzichten (Art. 6 des Bundesgesetzes über Fuss- und Wanderwege, Art. 6 der Verordnung über Fuss- und Wanderwege)

1. Gemäss RRB Nr. 3186/1988 ist das Fuss- und Wanderwegnetz im Sinne von Art. 4 des Bundesgesetzes über die Fuss- und Wanderwege vom 4. Oktober 1985 (FWG) im Rahmen der kommunalen und regionalen Richtplanung (Verkehrspläne, § 24 lit. b des Planungs- und Baugesetzes vom 7. September 1975; PBG) festzusetzen. Als provisorisches Fuss- und Wanderwegnetz gilt das von der Zürcherischen Arbeitsgemeinschaft für Wanderwege (ZAW) markierte und in der Wanderkarte des Kantons Zürich (10. Auflage 1988) publizierte Wegnetz. Die Regionalplanungsgruppe Winterthur hat die regionalen Wanderwege im Sinne von Art. 3 FWG auf Eignung und Dichte überprüft. Die Delegiertenversammlung hat am 8. Mai 1990 den geänderten Verkehrsplan verabschiedet.

Die Rekurrentin beabsichtigt, den im verabschiedeten regionalen Verkehrsplan als Wanderweg enthaltenen Römerweg auf einer Länge von etwa 280 m zu teeren. Regionale Wanderwege gelten als Staatsstrassen im Sinne der §§ 1 und 5 des Strassengesetzes vom 27. September 1981 (StrG), auch wenn sie Flur- und Gehossenschaftswegen sind (§ 35 Abs. 1 StrG).

Der Wegabschnitt liegt in der kantonalen Landwirtschaftszone. In dieser dürfen Bauten und Anlagen errichtet werden, wenn sie dem Zweck der Nutzungszone entsprechen (Art. 22 Abs. 2 lit. a des Bundesgesetzes über die Raumplanung vom 22. Juni 1979; RPG) oder wenn die Ausnahmevoraussetzungen gemäss Art. 24 RPG vorliegen.

2. Die Kantone und Gemeinden haben bei der Erfüllung ihrer Aufgaben die Fuss- und Wanderweggesetzgebung zu beachten (Art. 6 Abs. 2 FWG) und bei deren Vollzug die Anliegen des Natur- und Heimatschutzes, der Land- und Forstwirtschaft sowie andere Interessen angemessen zu berücksichtigen (Art. 9 FWG). So sind Fuss- und Wanderwege dort zu ersetzen, wo sie auf einer grösseren Wegstrecke mit Belägen versehen werden, die für die Fussgänger ungeeignet sind (Art. 7 Abs. 2 lit. d FWG). Für Wanderwege ungeeignet sind namentlich alle bitumen-, teer- oder zementgebundenen Deckbeläge (Art. 6 der Verordnung über Fuss- und Wanderwege vom 26. November 1986; FWV). Diese Bestimmungen sind bei der Beurteilung eines Strassen- bzw. Wegprojektes nach Art. 22, 24 und 25 RPG anzuwenden.

Die Staubfreimachung der strittigen Wegstrecke bedingt einen Belag, der für den bestimmungsgemässen Gebrauch des Römerwegs als Wanderweg ungeeignet ist. Die Rekurrentin schlägt eine Ersatzstrecke über ein Wegnetz vor, das um etwa die Hälfte länger als die strittige Wegstrecke ist, eine Steigung aufweist, ausserhalb des Siedlungsgebietes teilweise geteert ist und während eines längeren Abschnitts parallel zum Bahntrasse verläuft. Diese Wegstrecke bildet keine echte Alternative zum Römerweg.

Die Rekurrentin führt zur Begründung des Einbaus eines Deckbelags aus, die strittige Strecke sei kurz und in wenigen Minuten begehbar. Der angestrebte Ausbau erhöht aber die Attraktivität der Strassenverbindung zwischen R. und A. Es ist damit zu rechnen, dass sie als kürzere Strecke gegenüber der ausgebauten Staatsstrasse über S. vermehrt vom nichtlandwirtschaftlichen Verkehr benutzt und der Wanderweg kaum mehr mit angepasst tiefer Geschwindigkeit befahren wird. Diese Nachteile liegen nicht im Interesse der Wanderer und Spaziergänger, auch wenn die strittige Wegstrecke nur kurz ist.

Die Rekurrentin macht schliesslich geltend, die Interessen der Landwirtschaft seien höher als diejenigen der Wanderer einzustufen. Chaussierte Flurwege beeinträchtigen die Tätigkeit der Landwirtschaft nicht. Weder die Gefällsverhältnisse noch Entwässerungs- oder Stabilitätsprobleme erfordern die beabsichtigten strassenbaulichen Massnahmen. Der kurze Wegabschnitt lässt sich auch im heutigen Zustand technisch und wirtschaftlich unterhalten, so dass er sicher und für die nahegelegenen Landwirtschaftsbetriebe problemlos behützt werden kann. Mit aussergewöhnlichen Aufwendungen für den Wegunterhalt ist nicht zu rechnen. Im vorliegenden Fall sind daher die Interessen der Landwirtschaft nicht höher einzustufen.

Aus diesen Gründen stehen dem Vorhaben der Rekurrentin überwiegende Interessen an der Erhaltung des ungeteerten regionalen Wanderweges gegenüber. Sie rechtfertigen die Verweigerung des Belageinbaus.

RRB Nr. 1932/1991